

16. Landtag von Baden-Württemberg, 31. Sitzung

Mittwoch, 5. April 2017, 09:30 Uhr

Thomas Dörflinger MdL: „Die Verkehrswege sind die Lebensadern unseres Landes!“

Aktuelle Debatte – Wie steht Baden-Württemberg zur geplanten Einführung der Pkw-Maut auf deutschen Autobahnen? – beantragt von der Fraktion der AfD

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Katzenstein, vielen Dank für die klaren Worte zur Kanzlerin. Ich fand es auch ungeheuerlich, dass Sie, Herr Meuthen, die Kanzlerin mit Walter Ulbricht gleichstellen, der für den Mauerbau verantwortlich war. Das ist niederträchtig, schäbig und zeigt, wes Geistes Kind Sie sind.

Dabei debattieren wir heute über die Pkw-Maut. Da wollen wir uns doch noch mal ganz kurz erinnern, wie sie zustande gekommen ist, auch in der kurzen Historie.

Der Bundestag hat in einer namentlichen Abstimmung mit einer großen Mehrheit von CDU und SPD für die Einführung der Infrastrukturabgabe gestimmt. Dies hat der Bundesrat letzte Woche noch einmal bestätigt und den Weg dafür freigemacht. Es gab in der Länderkammer keine Mehrheit dafür, den Vermittlungsausschuss anzurufen. Das ist der aktuelle Stand.

Die maßgeblichen Verfassungsorgane hier in Deutschland haben entschieden, dass die Maut kommt, und das ist gut so für Deutschland und für Baden-Württemberg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte gleich zu Beginn betonen, dass sich die CDU-Landtagsfraktion bereits seit vielen Jahren dafür einsetzt, dass mehr Geld, und zwar auch dauerhaft, für die Verkehrsinfrastrukturprojekte zur Verfügung steht. Dem ist der Bund mit der Einführung der Maut nun einen Schritt näher gekommen.

Natürlich gibt es bei solch einem Projekt immer wieder Kritik. Die Einnahmenseite wird beispielsweise angezweifelt oder auch hinterfragt. Aber mittlerweile haben die Sachverständigenanhörungen auch im Bundestag dies widerlegen können.

Dann wird behauptet, und das kam auch vorhin zum Ausdruck, die Maut sei uneuropäisch. Die Frage ist, sind Österreich, Slowenien, die Schweiz, die alle die Maut haben, keine guten und überzeugten Europäer? Für mich greift dieser Vorbehalt überhaupt nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es zum Thema Maut, und der Kollege Katzenstein hat es angesprochen, auch in der Regierungskoalition und in der Landesregierung unterschiedliche Meinungen gibt, ist bekannt, ist ein alter Hut. Gerade für solche Fälle haben wir im grün-schwarzen Koalitionsvertrag eine Vorkehrung getroffen. Die sieht halt vor, dass sich das Land bei Abstimmungen im Bundesrat der Stimme enthält, wenn es vorher nicht zu einer Einigung kommt. Genau dies ist geschehen, nicht mehr und nicht weniger.

Wenden wir uns doch bei diesem Thema dem eigentlichen Teil der Sache zu. Wie wollen wir zukünftig unsere Verkehrsinfrastruktur finanzieren? Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Erfolg unseres Landes hängt an einer gut ausgebauten Infrastruktur. Sie ist der Lebensnerv unseres Landes Baden-Württemberg. Wir wollen mehr Mittel zur Verfügung stellen für den Erhalt unserer Straßen, und wir brauchen auch mehr Mittel für den Neubau der Straßen dort, wo dies notwendig ist.

Wir haben auch als CDU stets betont, dass hier für dauerhaft verlässlich mehr Geld zur Verfügung stehen muss.

Deshalb muss jetzt Schluss sein, dass wir in Infrastruktur immer nur nach Kassenlage investieren und keine langfristig gültigen und guten Konzepte hierfür haben. Wir brauchen ein verlässliches Finanzierungsinstrument, das neben den Haushaltsmitteln des Bundes, neben den Einnahmen aus unserer Lkw-Maut wirken kann, und das ist nun einmal die Infrastrukturabgabe.

Denn durch diese Abgabe ist es uns jetzt zum ersten Mal möglich, dass dringend notwendige Investitionen getätigt werden können unabhängig von der Konjunktur, unabhängig von Wahlperioden und auch unabhängig von Regierungskoalitionen. So sieht eine dauerhaft erfolgreiche Infrastrukturpolitik aus, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Über den Bundesverkehrswegeplan 2030 und den damit verbundenen Investitionshochlauf stellt der Bund deutlich mehr Geld für die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung. Etwa die Hälfte der Mittel geht in den Straßenbau, da dort immer noch über 80 % der Verkehrsleistungen stattfinden. Und mit der Pkw-Maut werden hier nun zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. So machen wir Deutschland in der Verkehrspolitik fit für die Zukunft. Es war immer wichtig, dass die Maut eine Infrastrukturabgabe ist und folgerichtig auch zweckgebunden in den Straßenbau geht. Kurzum: Wir werden auch in Baden-Württemberg in den kommenden Jahren wieder viel Geld für die Infrastruktur zur Verfügung haben. Entscheidend ist aber, was wir daraus machen, was das Land daraus macht mit dieser großen Chance, die sich dadurch bietet. Wir als CDU-Fraktion werden weiter darauf pochen, dass alle Projekte des Bundesverkehrswegeplans bis 2030 im Land auch umgesetzt werden.

Damit dies klappt, muss das Land seine Hausaufgaben im Straßenbau auch erledigen. Denn Planung und Bau liegen in unserer Zuständigkeit. Es müssen genügend baureife Planungen in der Schublade liegen, damit die Bundesmittel auch vollständig ausgeschöpft werden können.

Hierfür muss vor allem die Straßenbauverwaltung über passende Rahmenbedingungen verfügen, und die ab diesem Jahr geplanten Stellenzuwächse in der Straßenbauverwaltung sind ein wichtiger und ein richtiger Schritt in die richtige Richtung.

Wir, die Regierungsfractionen, haben uns vor allem auch dafür stark gemacht, dass das Land gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung weitere 90 Millionen € für den Straßenbau zur Verfügung bekommt. Die ursprünglich eingesetzte Summe war viel zu niedrig.

Aber nochmals zur Maut: Wir von der CDU haben nie einen Hehl daraus gemacht, dass wir die Maut auf Bundesstraßen, Landesstraßen und auf kommunalen Straßen für problematisch erachten. Deshalb sind wir jetzt auch zufrieden mit der aktuellen Regelung. Bezahlt wird nur die Nutzung der Autobahnen; die Nutzung aller anderen Straßen ist gebührenfrei.

Es gibt keine Mehrbelastungen für in Deutschland zugelassenen PKW.

Herr Katzenstein, in einem liegen Sie falsch: Für uns hat die Maut durchaus auch eine ökologische und eine innovative Lenkungsfunktion. Elektroautos sind ausgeschlossen – dafür wird keine Maut berechnet –, und auch die Besitzer von E-6-Fahrzeugen erfahren eine spürbare Entlastung. Deswegen hat die Maut aus unserer Sicht nicht nur eine ökologische, sondern auch eine innovative Lenkungsfunktion.

Gerade mit dieser Regelung, dass nur für die Nutzung von Autobahnen Maut gezahlt werden muss, können nun auch der Handel und die Gastronomen in den Grenzregionen mit der Mauteinführung leben. Das ist unsere Überzeugung. Ehrlich gesagt: Ich glaube nicht, dass sich viele ausländische Gäste nur deshalb künftig davon abhalten lassen, in Deutschland einzukaufen, in Deutschland zu übernachten, jemanden in Deutschland zu besuchen, weil es eine Maut gibt.

Anders herum: Für uns ist es, wenn wir in die Schweiz fahren, selbstverständlich, eine Vignette an die Windschutzscheibe zu kleben. Ich habe aus der Schweiz nichts davon gehört, dass die Vignettenpflicht in der Schweiz zu erheblichen Einbußen geführt hätte. Ich komme zum Schluss. Die PKW-Maut kommt. Wir bekommen dadurch mehr Gelder für unsere Verkehrsinfrastrukturprojekte. Lassen Sie uns deshalb diese Chance beim Schopf packen, damit die Lebensadern unseres Landes, nämlich unsere Verkehrswege, in Schuss gehalten werden, damit wir sie weiter ausbauen. Dafür wird sich die CDU-Fraktion auch weiterhin kraftvoll einsetzen.

Herr Rivoir, ganz kurz noch zu Ihrer Aussage zum Grenzverkehr: Dass wir uns im Vorfeld nicht genug eingesetzt hätten, stimmt nicht.

Wir haben uns sehr wohl dafür eingesetzt.

Wenn aber beispielsweise gerade im deutsch-französisch Grenzverkehr, wo wir halt nicht diese Nord-Ost-Autobahnen haben und Ausweichverkehr über die Bundes- und Landstraßen hätten, haben wir verhindert, dass es zu einer Bemaunung dieser Straßen kommt. Deshalb haben wir uns dort durchgesetzt, was den Grenzverkehr betrifft, und diesen unterstützt.